

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Verwaltungs- und Finanz-Ausschusses

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 17.05.2023
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des neuen Rathauses Langensteinbach,
Hirtenstraße 45, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad

Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler

Frau Heike Christmann

Herr Jürgen Herrmann

Herr Otto Höger

Herr Joachim Karcher

Herr Hans-Gerhard Kleiner

Herr Karl-Heinz Ried

CDU

Herr Günter Denninger

Herr Jürgen Dummler

SPD

Herr Reinhard Haas

Herr Michael Nowotny

Herr Klaus Steigerwald

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther

Herr Andreas Hartmann

Frau Simone Rausch

Herr Uwe Rohrer

Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer

Herr Simon Müller

von der Verwaltung

Frau Petra Goldschmidt

Herr Benedikt Kleiner

Abwesend:

CDU

Herr Peter Kiesinger entschuldigt

Vertreter Herr Norbert Ried ebenfalls entschuldigt

Tagesordnung:

- 1 Bekanntgaben
- 2 Fragen der Gemeinderäte
- 3 Information über den aktuellen Stand des Jahresabschluss
2022
Vorlage: 20/1470/2023
- 4 Information zur Haushaltsführung 2023 / aktuelle Finanzlage
Vorlage: 20/1467/2023
- 5 Information über die finanziellen Auswirkungen des Tarifab-
schlusses im öffentlichen Dienst 23/24
Vorlage: 10/1473/2023
- 6 Auftragsvergabe zur Ersatzbeschaffung- Austausch Atemluft-
flaschen für die Feuerwehr Karlsbad
Vorlage: 10/1471/2023
- 7 Genehmigung von Protokollen
- 8 Verschiedenes
- 9 Fragen der Zuhörer

zu 1 Bekanntgaben

- Keine -

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

GR Nowotny fragt bezüglich des vom Runde Tisch Asyl gestellten Förderantrags nach. Bm Timm erwidert, dass sich dieser noch in Prüfung befindet. Er ist diesbezüglich mit Herr Urban in Kontakt.

OV Kleiner erkundigt sich nach der Beteiligung der Gemeinde an der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft Netze BW GmbH & Co. KG. Er möchte wissen, ob die Vertretung in der Gesellschafterversammlung personengebunden auf BM Timm lautet und ob es für die Auflösung der Beteiligung einer Kündigung bedarf.

BM Timm erklärt, dass die Vertretung in der Gesellschafterversammlung nicht personengebunden ist sondern automatisch auf seinen Nachfolger Herr Kornmüller übergeht. Die Beteiligung wurde auf 5 Jahre abgeschlossen und bedarf keiner Kündigung.

OV Kleiner spricht den Artikel zur Windkraft in den Badischen Neuestens Nachrichten nach. Er fragt nach, ob BM Timm hierzu schon Gespräche mit Betreibern geführt hat.

GR Nowotny ergänzt, dass jede Gemeinde zukünftig 1,8% ihrer Fläche für Windkraft vorhalten muss. Dies wären für Karlsbad rd. 60 Hektar.

BM Timm verneint Gespräche mit Betreibern geführt zu haben. Hierzu bestand auch keinen Auftrag seitens des Gemeinderats. Ferner hat sich die Stadt Ettlingen gegen die ursprünglichen Planungen zur Windkraft erfolgreich vor Gericht gewehrt. Die Landesregierung hat die bestehenden Regelungen in den Regionalplänen aufgehoben. Es sollen zukünftig nur noch Vorranggebiete ausgewiesen werden. Daher findet im Regionalverband in Abstimmung mit dem Nachbarschaftsverband hierzu eine neue Planung statt.

OV Kleiner erkundigt sich nach dem vormals unter dem Stichwort „Gutes Älter werden“ bekannten Projekt und möchte wissen, wieviel Förderung man bisher erhalten hat. Er will weiterhin wissen, wieviel Geld bisher an die SPES bezahlt wurde und ob es eine Änderungsvertrag bei der Überführung in das Quartierskonzept gibt.

BM Timm erwidert, dass der die Förderbeträge und Zahlungen so im Detail ad hoc nicht im Kopf hat. Die Verwaltung dies aber nachliefern kann. Die Maßnahmen und Änderungen wurden dem Gremium regelmäßig vorgestellt. Das Projekt läuft nun innerhalb des Quartierskonzeptes weiter. Natürlich gibt es auch entsprechende vertragliche Regelungen.

OV Kleiner erkundigt sich nach Bürgerenergiegenossenschaft Karlsbad, Er möchte wissen, ob sich die Gemeinde in den Gründungsprozess eingebracht hat und eine Beteiligung angestrebt wird.

BM Timm erläutert, dass die Gemeinde beim Gründungsprozess unterstützend tätig ist, jedoch keine führende Rolle einnehmen wird. Die Gründungsmodalitäten sind noch in Klärung. Ob die Gemeinde selbst Anteile an der Genossenschaft erwerben möchte, kann dann noch im Gemeinderat beraten werden. Aktuell ist dies nicht angedacht.

OVin Christmann erkundigt sich nach dem Stand bei der Ausschreibung der Stelle im Gemeindevollzugsdienst.

HAL Kleiner erklärt, dass hier zeitnah zwei Stellen ausgeschrieben werden.

GR Denninger regt an, die St. Babara Straße mit einer Tempo 30 Markierung auf dem Boden zu versehen, da hier wohl oftmals schneller gefahren wird.

BM Timm erklärt, dass man dies durchführen wird, wenn die nächsten Markierungen von der entsprechenden Firma gemacht werden.

zu 3 Information über den aktuellen Stand des Jahresabschluss 2022 Vorlage: 20/1470/2023

Der stellv. Rechnungsamtsleiter Herr Müller hält einen Sachvortrag anhand der Vorlage. Man rechnet aktuell mit einem deutlichen besseren ordentlichen Ergebnis für das Jahr 2022 gegenüber Haushaltsplanungen. Nach erst Hochrechnungen könnte sich ein positives ordentliches Ergebnis von rd. 1,2 Mio. Euro ergeben. In den Planungen war man noch von einem Defizit von 6,5 Mio. Euro für das Jahr 2022 ausgegangen. Aktuell befindet sich das Rechnungsamt in den Jahresabschlussarbeiten für das Jahr 2022. Die Buchung der Abschreibungen und Zuschussauflösungen, sowie die Auflösung der aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten ist aktuell noch nicht erfolgt. Diese Zahlen beruhen daher auf Hochrechnungen für das Jahr 2022. Die Gewerbesteuer beläuft sich auf rd. 8,9 Mio. Euro, was ein Mehrertrag von rd. 3,5 Mio. Euro gegenüber dem Ansatz (5,5 Mio. €) bedeutet. Auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer fiel um 850 t€ höher aus als erwartet. Bei den Schlüsselzuweisungen ergaben sich ebenfalls Mehrerträge von ca. 1,3 Mio. Euro. Demgegenüber ergaben sich ferner Minderaufwendungen bei den Personalkosten von 200t€. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen konnten rund 500 t€ eingespart werden. Bei den Transferaufwendungen, welche die Umlagen an das Land (FAG-Umlage), an den Landkreis (Kreisumlage) sowie den Zuschüssen an die Kindergartenträger umfassen, mussten insgesamt etwa 1,6 Mio. Euro weniger aufgewendet werden. Ebenfalls konnte die Verschulung im Jahr 2022 weiter zurückgeführt werden. Insgesamt bestehen noch Verbindlichkeiten auslaufenden Krediten in Höhe von 3,56 Mio. Euro.

Durch die vielen Großprojekte wie Umbau Schulzentrum, Neubau Aussegnungshalle Langensteinbach, Ankauf von Gebäuden und die voranschreitende Breitbandverkabelung floss jedoch deutlich an Liquidität im Jahr 2022 ab. Insgesamt beläuft sich der Mittelabfluss in der Finanzrechnung auf rund 6,8 Mio. Euro. Zum Ende des Jahres 2022 betragen die liquiden Mittel der Gemeinde daher noch ca. 9,1 Mio. Euro.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss nimmt die Information zum Stand des Jahresabschluss 2022 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

zu 4 Information zur Haushaltsführung 2023 / aktuelle Finanzlage
Vorlage: 20/1467/2023

RALin Frau Goldschmidt hält eine Sachvortrag anhand der Vorlage. Der Haushaltsplan 2023 der Gemeinde Karlsbad weist als Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge 48.431.310 € und als Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen 50.912.675 € auf. Der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen übersteigt damit die ordentlichen Erträge um 2.481.365 € (Vorjahr: 6.579.272 €).

Eine Hochrechnung nach gerade mal 4 Monaten im neuen Haushalt ist nicht sinnvoll darstellbar. Aus diesem Grund empfiehlt sich auch zukünftig wieder die Darstellung der aktuellen Finanzlage in der 1. Verwaltungs- und Finanzausschusssitzung nach der Sommerpause dem Gremium zur Kenntnis zu bringen.

Sinnvoll betrachtet werden kann die Sollstellung der Grundsteuer- und Gewerbesteuer. Insbesondere die Gewerbesteuerveranlagung kann sich jedoch unterjährig noch stark ändern. Aktuell liegt die Veranlagung erfreulicherweise über dem Ansatz. Die Gewerbesteuer war mit einem Betrag von 7,5 Mio. Euro angesetzt. Hier steht man aktuell rund 500 T€ besser als geplant. Die Gewerbesteuer ist jedoch erheblichen Schwankungen unterzogen und stellt daher nur eine Momentaufnahme dar.

Wie auch bei der Ergebnisrechnung sind die Investitionen nach gerade mal 4 Monaten im neuen Haushalt nicht sinnvoll darstellbar. Die aktuelle Liquidität beträgt rd. 9 Mio. €. In 2023 ist 1 Mio. € Kreditaufnahme geplant. Diese wurde bisher noch nicht realisiert.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss nimmt die Information zum Haushaltsvollzug 2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

zu 5 Information über die finanziellen Auswirkungen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst 23/24
Vorlage: 10/1473/2023

HAL Herr Kleiner hält einen Sachvortrag anhand der Vorlage.

In der Tarifrunde für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen haben die Tarifparteien (22. April 2023) in Potsdam ein Tarifergebnis erzielt. Danach erhalten die Beschäftigten eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 3.000 Euro. Die Auszahlung beginnt mit einem Betrag von 1.240 Euro netto im Juni 2023. In den Monaten Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024 gibt es monatliche Zahlungen in Höhe von je 220 Euro netto. Die Einkommen der Beschäftigten steigen ab dem 1. März 2024 tabellenwirksam um einen Sockelbetrag von 200 Euro plus 5,5 Prozent. Studierende, Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten erhalten im Juni 2023 ein Inflationsausgleichsgeld von 620 Euro sowie in der Zeit von Juli 2023 bis ein-

schließlich Februar 2024 monatlich 110 Euro netto. Die Ausbildungsentgelte werden für sie ab März 2024 um 150 Euro erhöht.

Soweit dabei keine Erhöhung um 340 Euro erreicht wird, soll der betreffende Erhöhungsbetrag auf 340 Euro gesetzt werden. Diese Sonderregelung betrifft allerdings nur die Entgeltgruppe 1 sowie die Stufe 1 der Entgeltgruppen 2 und 2Ü der Anlage A zum TVöD sowie die Entgeltgruppe 1 des TV-V. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 24 Monate bis zum 31. Dezember 2024. Als Mitglied des KAV ist die Gemeinde Karlsbad tarifgebunden und verpflichtet die entsprechenden Erhöhungen umzusetzen. Mit diesem sehr hohen Tarifabschluss sind die kommunalen Arbeitgeber an die Grenze gegangen. Mit der langen Laufzeit von 24 Monaten konnte zumindest Planungssicherheit erreicht werden- Die Entgelte unserer Beschäftigten erhöhen sich hierbei zwischen 8,13 und 16,87 Prozent. Der eingeplante finanzielle Puffer für die Tarifierhöhungen von 3,5 % reicht bei weitem nicht für diesen Abschluss aus.

Die Gemeinde Karlsbad muss für die Umsetzung des Tarifergebnisses für die Inflationsausgleichszahlung alleine einen Betrag von 323 000 € aufwenden. Zusätzlich sind die linearen Erhöhungen um 200 € und anschließend um 5,5 % zu finanzieren. Diese Aufwendungen betragen 530 600 €.

Somit wird derzeit von einem finanziellen Mehraufwand in 23/24 von 853 000€ ausgegangen. Dieser verteilt sich auf die Jahre 2023 mit 323 000 € (Zahlungen der Inflationsausgleichsprämien) und 2024 530 000 € (AG Kosten Tarifsteigerung). Es wird erwartet, dass das Personalbudget für diese Beträge nicht ausreicht, so dass bei Überschreitungen die entsprechenden Beschlüsse im Gemeinderat zu den überplanmäßigen Aufwendungen vorgelegt werden müssen.

Die Tarifierhöhung wirkt sich zudem über die Betriebskostenabrechnungen der Kindergarten-träger auf die Gemeinde aus. Die Personalkosten stellen im Betrieb der Kindertageseinrichtungen den größten Posten der Betriebskostenabrechnungen dar. Das Personal dort wird gem. TVÖD bzw. in Anlehnung an diesen bezahlt. Auf Rückfrage bei den Trägern bzw. deren Verrechnungsstellen werden auch hier Steigerungen im Bereich zwischen 17-20% erwartet.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss möge die finanziellen Auswirkungen des Tarifabschlusses zur Kenntnis nehmen

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

zu 6 Auftragsvergabe zur Ersatzbeschaffung- Austausch Atemluftflaschen für die Feuerwehr Karlsbad Vorlage: 10/1471/2023

HAL Herr Kleiner hält einen Sachvortrag anhand der Vorlage.

Er führt aus, dass die Feuerwehr Karlsbad bei ihren eingesetzten Atemschutzgeräten derzeit Stahl- Druckluftflaschen für Atemluft (6l, 300 bar Betriebsdruck) verwendet. Der Flaschenbe-

stand ist durch die in der Theorie unbegrenzte Lebensdauer der Flaschen teilw. 30 Jahre alt, die Flaschen unterliegen zusätzlich einer 5 jährigen TÜV Prüfung und regelmäßigem Austausch der Ventile und sonstiger Komponenten. Durch das Alter der Flaschen gibt es für bestimmte Ventiltypen keine Ersatzteile mehr, was eine automatische Aussonderung bedingt, weiter sind durch die langjährige Verwendung und Beanspruchung zahlreiche Flaschenkörper neu zu strahlen und zu lackieren - sofern die TÜV Prüfung bestanden wird. Dies bedeutet zur Wiederherstellung pro Flasche einen Kostenaufwand von ca. 160€. Die Flaschen entsprechen auch nicht mehr dem Stand der Technik, was durch das hohe Gewicht, das nur knapp unter der höchstzulässigen Grenze für Persönliche Schutzausrüstung liegt, eine hohe Belastung der Feuerwehrangehörigen beim Einsatz bedingt. Durch die extrem hohen Betriebsdrücke von 300 bar direkt an der Person können hier auch sicherheitstechnisch keine Kompromisse eingegangen werden. Eine neue Stahlflasche liegt preislich bei ca. 600 €.

Für den Haushalt 23/24 wurde deshalb der Austausch von 100 Atemluftflaschen von Stahlflaschen auf GFK Flaschen (Kohlefaser mit PET), 6,8l 300 bar eingeplant. Für den Übungsbetrieb in Belastungsstrecken und Brandübungsanlagen, sowie als Reserve werden aber weiter 40 Stahlflaschen aus dem Bestand vorgehalten.

Die zu beschaffenden Atemluftflaschen sind gegenüber den Stahlflaschen um 47% leichter (5,4 kg gegenüber 9,8 kg), was zu einer erheblichen Gewichtsreduktion bei Brandeinsätzen führt. Die körperliche Ermüdung und damit der Luftverbrauch wird reduziert und damit die Einsatzzeit, sowie die Beweglichkeit erhöht. Auch die neuen Flaschen verfügen über eine unbegrenzte Lebensdauer bei ordnungsgemäßer Wartung und Inspektion, sowie optimierte Sicherheitseinrichtungen (Abströmsicherungen, Handräder gegen unbeabsichtigtes Verschließen).

Für die erste Charge zur Beschaffung in 2023 wurden vier Angebote zur Beschaffung und Entsorgung der alten Flaschen gegen Nachweis eingeholt. Durch die Preisgestaltung der Hersteller haben lediglich zwei Unternehmen ein Angebot abgegeben.

Günstigster Anbieter ist die Fa. Gebra GmbH aus Sinsheim mit einem Stückpreis von 734,82€ und kostenloser Rücknahme der Altgeräte. Der nächste Bieter, Massong GmbH, Frankenthal ruft 911,69 € zzgl. 38,85 € für die Rücknahme auf.

GR Hartmann fragt nach, ob die Lebensdauer der GFK Flaschen in etwa mit der der Stahlflaschen vergleichbar ist. Zu dem möchte er wissen, ob die alten Stahlflaschen nicht durch die Gemeinde zurückgegeben werden können, da man für Altmetall aktuell durchaus noch einen ansehnlichen Preis erhält. Eventuell könnten diese auch noch als Ersatzflaschen eingelagert werden.

HAL Herr Kleiner erklärt, dass es mittlerweile seit 20 Jahren GFK Flaschen auf dem Markt gibt und die Haltbarkeit bei entsprechender Wartung der von Stahlflaschen entspricht. Eine Einlagerung von Druckflaschen ist nur in gefülltem Zustand möglich. In leerem Zustand würde diese Feuchtigkeit ziehen und rosten, was eine aufwendige Wartung nach sich ziehen würde. Ferner muss ein entsprechende Entsorgungsnachweis von einer Firma vorliegen. Die Flaschen bestehen ferner nicht ausschließlich aus Metall, sondern beinhalten diverse Gummiteile sowie eine Lackierung. Eine kostenlose Rücknahme durch den entsprechenden Bieter ist daher für die Gemeinde ebenfalls von Vorteil.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss möge der Vergabe zur Beschaffung der Atemluftflaschen an die Fa. Gebra, Sinsheim zum Preis von 47.763,62 € zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

zu 7 Genehmigung von Protokollen

Beschluss:

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss genehmigt das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 06.04.2022

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 8 Verschiedenes

- Keine Punkte -

zu 9 Fragen der Zuhörer

- Keine –

gez. Björn Kornmüller
Vorsitzender

gez. Simon Müller
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Jürgen Dummler
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson